

Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen bei jungen Menschen mit muslimischer Prägung in Wien

Kenan Güngör (think.difference) / Martina Zandonella (SORA) / Bernhard Hoser (SORA)

Executive Summary

Die vorliegende Studie gibt Einblick in das Zugehörigkeitsempfinden, die demokratischen Grundhaltungen und die gruppenbezogenen Abwertungen von jungen Menschen mit ausgewählten Migrationshintergründen. Dazu wurde eine standardisierte Befragung unter 707 14- bis 24-jährigen WienerInnen mit afghanischem, syrischem, tschetschenischem, bosnischem, kurdischem und türkischem sowie ohne Migrationshintergrund durchgeführt. Entsprechend der Geschichte von Migration in Österreich sind die jungen Menschen aus Afghanistan und Syrien erst seit relativ kurzer Zeit in Wien, gefolgt von den jungen Menschen mit tschetschenischen, kurdischen, türkischen und bosnischen Migrationshintergründen.

Demokratische Grundhaltungen sind weit verbreitet...

Demokratie braucht Menschen, die demokratische Grundhaltungen teilen und dementsprechend handeln. Diese werden gelernt – in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule und im Rahmen einer demokratisch organisierten Gesellschaft. Bei den jungen Menschen der untersuchten Gruppen sind demokratische Einstellungen weit verbreitet – vielfach auch bei jenen, die bislang keine oder nur wenig Erfahrungen mit demokratisch-liberalen Systemen machen konnten. Wie der Rest der Bevölkerung, äußern jedoch auch Teile der jungen Menschen Ansichten, die mit Demokratie nicht vereinbar sind:

...fallen aber bei manchen Gruppen geringer aus

So ist die überwiegende Mehrzahl der jungen Menschen von der Demokratie als bestem Regierungssystem überzeugt, diese Mehrheit fällt jedoch bei den jungen Menschen mit afghanischen, syrischen und tschetschenischen Migrationshintergründen etwas geringer aus. Sowohl eine Autokratie in Form eines Führers, der sich nicht um Wahlen kümmern muss, als auch eine Theokratie und damit einen religiösen Führer lehnen die jungen Menschen – mit Ausnahme jener aus Afghanistan – mehrheitlich ab.

Bei etwas mehr als der Hälfte der jungen AfghanInnen und einem deutlich kleineren Teil der jungen SyrerInnen zeigt sich hier ein Muster, das für erwachsene MigrantInnen aus autokratischen Staaten bereits bekannt ist: Sie können sich neben einem

demokratischen System auch noch andere, autoritäre Staatsformen vorstellen – für sie schließt das eine das andere also nicht zwangsläufig aus.

Die Ambivalenzen der jungen Menschen aus Afghanistan gehen darüber hinaus: So stellt jede/r Zweite religiöse Vorschriften über die Gesetze in Österreich, gleichzeitig hat für sie jedoch beides Gültigkeit und ihr Respekt vor den österreichischen Gesetzen ist hoch. Dazu passt, dass sich viele von ihnen sowohl Österreich als auch ihrem Herkunftsland verbunden fühlen, sie sich jedoch stark als zwischen den beiden Lebensweisen hin- und hergerissen empfinden.

Unter bestimmten Bedingungen steht Religion über der Demokratie

Grundsätzlich räumen die jungen Menschen ihrer Religion umso eher eine Vormachtstellung gegenüber dem demokratischen Staat ein, je religiöser sie sind. Die jungen Menschen aus Afghanistan und Syrien sowie die jungen Menschen mit tschetschenischem Migrationshintergrund berichten dabei eine höhere Religiosität als die jungen Menschen der anderen Gruppen.

Religiosität führt jedoch nicht per se dazu, dass die Religion über den demokratischen Staat gestellt wird. Diese Verbindung ergibt sich vor allem dann, wenn Religion eine bestimmte Funktion im Leben der jungen Menschen erfüllt: So stellen die jungen Menschen aus Afghanistan ihre Religion vor allem dann über die Demokratie, wenn sie durch sie Teil einer Gemeinschaft sein können und in dieser Gemeinschaft Rat finden – Zugehörigkeit bzw. das Bedürfnis danach spielt hier also eine zentrale Rolle. Bei den jungen Menschen mit syrischen, tschetschenischen und türkischen Migrationshintergründen steht die Orientierung an Autoritäten und wahrgenommenen Machtpotenzialen stärker im Vordergrund: Sie räumen ihrer Religion am ehesten dann eine Vormachtstellung gegenüber dem demokratischen Staat ein, wenn ihre Vorstellung von Religion einem belohnenden bzw. strafenden Gott entspricht.

Abwertende Einstellungen unter jungen Menschen mit afghanischen, syrischen, tschetschenischen, türkischen und bosnischen Migrationshintergründen häufiger verbreitet

Eine demokratische Grundhaltung beinhaltet auch, dass die unterschiedlichen Gruppen einer Bevölkerung als grundsätzlich gleichwertig anerkannt werden. Führen Zugehörigkeits- und Abgrenzungsprozesse zu pauschalisierenden Abwertungen, ist dies problematisch. Derart abwertende Einstellungsmuster sind unter jungen Menschen mit afghanischen, syrischen, tschetschenischen, türkischen und bosnischen Migrationshintergründen häufiger verbreitet als unter jungen KurdInnen und jungen Menschen ohne Migrationshintergrund. Die jungen Menschen äußern dabei in erster Linie Abwertungen gegenüber homosexuellen Menschen, jüdischen Menschen und gegenüber Frauen:

Homosexuelle, Juden und Frauen werden häufiger abgewertet

So lehnt die Hälfte der jungen AfghanInnen und SyrerInnen sowie vier von zehn der jungen Menschen mit tschetschenischen und türkischen Migrationshintergründen Homosexualität ab. Religiös konnotierten Antisemitismus in der Form, dass Israel als

der Feind aller Muslime betrachtet wird, äußern zwei Drittel der jungen AfghanInnen, vier von zehn der jungen Menschen mit syrischen und türkischen Migrationshintergründen sowie jede/r dritte junge Mensch mit tschetschenischen und bosnischen Migrationshintergründen. Die Abwertung von Frauen betrifft wiederum traditionelle Rollenverteilungen in Zusammenhang mit Status und Macht und ist unter den jungen AfghanInnen, SyrerInnen und unter den jungen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund weiter verbreitet. Bei den jungen Menschen ohne Migrationshintergrund sind demgegenüber Abwertungen von MuslimInnen am häufigsten.

Ein letzter Aspekt in Zusammenhang mit demokratischen Grundhaltungen betrifft die Einstellung der jungen Menschen zu Gewalt: Für die überwiegende Mehrzahl von ihnen ist Gewalt kein legitimes Mittel zur Herstellung von Respekt und Ehre.

Welche Faktoren und Erfahrungen führen nun zu einer antidemokratischen und gleichwertigkeitsfeindlichen Grundhaltung?

Eine solche Grundhaltung beinhaltet die Ablehnung von Demokratie bzw. ihrer Grund- und Freiheitsrechte, die Stellung von Religion über den demokratischen Staat und abwertende sowie gewaltlegitimierende Einstellungen.

a) Familiäre Sozialisation

Einerseits kommt hierbei der familiären Sozialisation der jungen Menschen eine bedeutende Rolle zu: Ein geringer sozialer Status, eine streng an Rollen und Regeln orientierte Erziehung und familiäre Gewalt erhöhen antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen.

b) Inklusion in Gesellschaft

Die Inklusion der jungen Menschen in die Gesellschaft erweist sich als wichtiger Schutzfaktor, denn: Auch ein homogener Freundeskreis, Diskriminierungserfahrungen, eine geringe formale Bildung und Arbeitslosigkeit erhöhen antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen. Von **Diskriminierungserfahrungen** berichten MuslimInnen häufiger als Nicht-MuslimInnen, wobei Diskriminierung allen voran in der Schule erlebt wird: Insgesamt 40% der jungen Menschen mit Migrationshintergrund und jeder zweite junge Mensch mit tschetschenischem und türkischem Migrationshintergrund berichtet von Diskriminierung in der Schule.

c) Psychosoziale Verfassung

Von ebenso hoher Relevanz ist die aktuelle psychosoziale Verfassung der jungen Menschen: Haben sie keine Vertrauensperson und schätzen sie ihre Situation als dermaßen unsicher ein, dass sie es für sinnlos erachten, Ziele für ihr Leben zu entwerfen, steigen antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen.

d) Strenge Religiosität und autoritäre Herkunftsländer

Diese Grundhaltungen sind – insgesamt betrachtet – unter jungen Männern und streng religiösen jungen Menschen weiter verbreitet.

Schließlich hängen einige dieser identifizierten Einflussfaktoren auf antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen mit den (familiären) Herkunftsländern der jungen Menschen zusammen:

So herrschen in Afghanistan, Syrien und Tschetschenien Autokratie und kriegerische Auseinandersetzungen. Die Familien der jungen Menschen mit diesen Migrationshintergründen prägt wiederum eine besonders strenge Orientierung an Rollen und Regeln. Dementsprechend haben viele der jungen Menschen dieser drei Gruppen weder in ihren Herkunftsländern noch in ihren Familien demokratische Strukturen und Prozesse kennengelernt.

Demokratische Grundhaltungen sind erlernbar: Sie verstärken sich trotz Stolpersteinen mit zunehmender Aufenthaltsdauer

Gerade am Beispiel der jungen Menschen mit afghanischen, syrischen und tschetschenischen Migrationshintergründen zeigt sich jedoch auch, dass Demokratie gelernt wird: Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Österreich sinken antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen.

Diesem Lernprozess kann eine geringe Inklusion in die Gesellschaft entgegenstehen: Vor allem die jungen Menschen mit afghanischen, tschetschenischen und türkischen Migrationshintergründen haben einen niedrigen sozialen Status, Diskriminierungserfahrungen werden häufig berichtet, Arbeitslosigkeit ist weiter verbreitet und viele von ihnen haben keine Vertrauensperson – vier Aspekte, die antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen bestärken.

Das (familiäre) Herkunftsland bzw. der (familiäre) Migrationshintergrund haben demnach keinen direkten Einfluss auf antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen. Indem das (familiäre) Herkunftsland jedoch mitbestimmt, inwieweit junge Menschen demokratische Erfahrungen im familiären sowie im weiteren gesellschaftlichen Kontext machen können und welchen Platz sie in der Aufnahmegesellschaft zugewiesen bekommen, wirkt es sich indirekt auch auf antidemokratische und gleichwertigkeitsfeindliche Grundhaltungen aus.